

Das kann man bedauerlich finden. Aber ich glaube, diese Resolution, die heute auf den Weg gebracht werden soll - oder sollte ich lieber sagen: auf den Weg gebracht werden sollte? -, hätte eigentlich etwas anderes verdient, nämlich dass wir uns hier gemeinsam, mit Ausnahme einer Fraktion, auf den Weg machen und Signale setzen.

(Michael Paetzold [SPD]: Sie sind ja herzlich eingeladen! - Gegenruf von pro Köln: Sektierer!)

- Das lasse ich mal so im Raum stehen. Man kann sich unter Umständen ändern; das stimmt schon. - Ich habe schon einmal angemahnt, bei Anträgen, die wirklich zukunftsweisend sind, auch die Einzelmandatsträger - ich nehme an, ich spreche da auch für Herrn Zimmermann - mitzunehmen. Wir hätten diese Resolution gerne mit Ihnen zusammen auf den Weg gebracht. - Das nur als Anmerkung vorab.

Wir haben es mit einer Herausforderung zu tun, die nicht erst seit gestern bekannt ist. Es sind in erster Linie wieder einmal die Kommunen, welche die mit der Migration verbundenen Probleme lösen müssen; das ist hier schon angekommen. Aber ein eindringlicher Appell an die Bundesregierung reicht meiner Meinung nach nicht aus. Die Kölner Bundestagsabgeordneten jeglicher politischer Couleur sind in die Pflicht zu nehmen, sich dafür einzusetzen. Sie sind das Bindeglied zwischen ihrem Wahlkreis und dem Parlament, dem sie angehören. Hier ist eine parteiübergreifende Linie zu finden. Dafür ist dieses Thema viel zu ernst.

Abgesehen davon, dass wir als Kommune auf externe Unterstützung drängen müssen, haben wir auch Sorge dafür zu tragen, dass ausreichend Mittel für den Fall, dass es nicht klappt, in unseren Haushalt eingestellt werden, um die im Antrag angesprochenen Probleme angehen zu können. Ein Spitz auf Knopf gerechneter Etat reicht bestimmt nicht aus. Wir brauchen Unterstützung. Für den Fall, dass diese Unterstützung nicht im erhofften Maße erfolgt, müssen wir geplant und angemessen mit den notwendigen personellen und finanziellen Mitteln reagieren können, ohne Gefahr zu laufen, einen Armen entkleiden zu müssen, um einen Nackten anzuziehen.

Ich möchte an dieser Stelle erklären, dass ich mich bei der Abstimmung enthalten werde. Ich habe hier schon die eine oder andere Resolution mit verabschiedet. Aber mit Blick auf das, was

sich hier heute abgespielt hat, weiß ich nicht, ob ich das in der Art und Weise weiter unterstützen kann. Deswegen meine Entscheidung. - Danke.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Hoffmann. - Herr Zimmermann, bitte.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren im Saal und auf der Tribüne! Es ist aus vielen Gründen manchmal schwierig, in einer solchen Debatte als Letzter zu sprechen, vor allem dann, wenn man vieles hört, mit dem man nicht einverstanden sein kann, und auch dann, wenn eine Debatte in die falsche Richtung geht.

Deshalb möchte ich meine Rede ausnahmsweise mal von hinten anfangen. Sie werden nichts hören zu dem Thema, dass 80 Prozent der Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien bei uns in sozialversicherungspflichtigen Jobs arbeiten und damit ihren finanziellen Beitrag in Deutschland entrichten.

Nicht erwähnen kann ich leider auch die durchaus meist positive Medienberichterstattung über das Thema. Sie ist viel sachlicher und präziser, als ich gedacht hätte. Es gibt hervorragende Beiträge - Herr Detjen hat einige zitiert - im Rahmen der Sendung *Monitor*, im *Kölner Stadt-Anzeiger*, im *heute-journal*, auch in der *Kulturzeit*. Die Medien gehen äußerst sachlich mit diesem Thema um; ganz prima.

Sie werden nichts dazu hören - darüber haben wir auch noch nicht wirklich gesprochen -, wie viele Arbeitnehmer aus Bulgarien und Rumänien hier bei uns im Niedriglohnsektor ausgebeutet werden. Auch dazu bleibt jetzt keine Zeit.

Auch nicht eingehen kann ich auf dieses ewige selbstbesoffene Gesülze von der Weltoffenheit Kölns,

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

die hier im Rat jedes Mal aufs Neue doch wieder eingeschränkt und infrage gestellt wird.

Ich kann auch nichts dazu sagen - ich weiß es wirklich nicht -, warum diese Resolution auf den Weg gebracht wurde. Nun gut, sie ist beantragt worden.

Deshalb ein paar Anmerkungen von mir als Mit Antragsteller des Änderungsantrages. Die kommende uneingeschränkte Freizügigkeit innerhalb der EU auch für Arbeitnehmer aus Bulgarien und Rumänien ist eine Errungenschaft im Rahmen des europäischen Einigungsprozesses, auf die die EU stolz sein kann. Auch wenn sich unser Kontinent nach außen leider allzu oft als „Festung Europa“ präsentiert - man denke nur an Bootsflüchtlinge aus Afrika -, ist der Wegfall der Grenzen innerhalb der Union grundsätzlich begrüßenswert. Mir ist durchaus bewusst, dass Migrationsbewegungen innerhalb Europas in einzelnen Kommunen durchaus auch Probleme verursachen können. Doch es sind nicht die Menschen, die zu uns kommen, die diese Probleme verursachen, sondern es ist die Art, wie wir mit ihnen umgehen.

(Beifall bei der Linken)

Wenn die vier großen Ratsfraktionen in ihrem Resolutionsantrag schreiben, dass bereits jetzt abzusehen sei, dass die Stadtgesellschaft mit der Umsetzung der Arbeitnehmerfreizügigkeit ab Januar 2014 überlastet sein werde, frage ich mich, welches Szenario hier an die Wand gemalt werden soll. Was ist mit Überlastung gemeint? Auch wenn der Begriff leichtsinnig und fahrlässig Schlimmeres suggeriert, sind wohl in erster Linie die zusätzlichen Belastungen für den städtischen Haushalt gemeint. Und das stimmt: Es kann sein, dass die Stadt Köln zusätzliches Geld für Sozialleistungen ausgeben muss. Doch die Menschen, die zu uns kommen, haben einen Rechtsanspruch darauf, und zwar unabhängig davon, ob sie aus Frankreich, den Niederlanden oder Bulgarien kommen.

(Beifall bei der Linken)

Es ist ja gerade eine der großen Errungenschaften im sich vereinigenden Europa, dass nicht mehr unterschieden wird, woher einer kommt und welche Sprache er spricht. Die EU geht sogar noch weiter. Es wird jedem Bürger auch ein Recht auf Schutz vor Diskriminierung zuteil, egal in welchem Land er sich befindet.

So dürfen wir bei möglichen Mehrkosten auch nicht einen Zusammenhang herstellen zwischen Migrationsbewegungen aus bestimmten Ländern und der finanziellen Misere manch einer Kommune. Die Ursache für die Misere kennen Sie alle. Die kommunalen Finanzen müssen neu geordnet werden. Für dieses Problem können Sie nicht zugezogene Einwohner aus Bulgarien oder Rumänien verantwortlich machen.

(Beifall bei der Linken)

Doch ich möchte hier nicht zu stark auf die angeblich nicht zu bewältigende finanzielle Belastung eingehen, da ich denke, dass sie mit gutem Willen auch weiterhin in Griff zu kriegen ist. Ein viel größeres Problem sehe ich in der Gefährdung der sozialen Balance. SPD, CDU, Grüne und FDP schrieben in ihrem ursprünglichen Antrag, die Bundesregierung möge Rahmenbedingungen schaffen, die die Migration deutlich reduzieren, um so die soziale Balance erhalten zu können. - Was für ein - entschuldigen Sie bitte - gefährlicher Schwachsinn!

(Beifall bei der Linken)

Ich bin auch nicht so naiv, dass ich nicht sehen würde, dass der Zuzug auch Probleme mit sich bringt. Doch es sind nicht die Menschen, die zu uns kommen, die die soziale Balance gefährden; es ist die immer noch grassierende Fremdenfeindlichkeit in unserem Land, und es sind vor allem Rechtsextremisten, die diese schüren.

(Beifall bei der Linken sowie Dr. Sabine Müller [Bündnis 90/Die Grünen])

Doch Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in unserer Stadt muss und darf man nicht einfach hinnehmen. Wir können etwas dagegen tun. Fremdenfeindlichkeit hat viele Ursachen. Eine davon ist eine subjektiv empfundene Benachteiligung gegenüber neu zu uns kommenden Menschen. Unabhängig vom Wahrheitsgehalt gilt es diese Sorgen ernst zu nehmen, wir müssen uns aber dann auch die Mühe zu machen, diese Vorurteile zu entkräften. Um dies leisten zu können, darf es keine weiteren Kürzungen im Sozialbereich geben, schon gar nicht bei Projekten, die Rassismus bekämpfen und sich für interkulturelle Verständigung einsetzen.

(Beifall bei der Linken)

Der nun etwas entschärfte Antrag von SPD, CDU und Grünen - die FDP will erstaunlicherweise bei der unsäglichen Ursprungsfassung bleiben - bleibt leider immer noch weit hinter seinen Möglichkeiten zurück. Sie wissen genau, dass Sie mit dieser Resolution nicht wirklich etwas bewegen können. Sie könnten ein Zeichen setzen, tun es aber nicht. Dies bedaure ich angesichts unserer rot-grünen Mehrheit sehr. Warum stoßen Sie hier in eine Richtung wie in den 1990er-Jahren, als mit Parolen wie "Das

Boot ist voll“ das Asylrecht in Deutschland nahezu abgeschafft wurde, anstatt sich schützend vor unsere neuen Einwohner zu stellen und Fremdenfeindlichkeit auch in unserer Stadt zu bekämpfen?

(Beifall bei der Linken)

Ich komme zum Schluss. Unser Antrag, der Antrag von der Linken und Deine Freunde, geht hier viel weiter. Mit unserer Resolution könnten wir wirklich ein Zeichen setzen, das bundesweit Beachtung finden würde: eine Großstadt, die sich uneingeschränkt trotz aller finanziellen Probleme zu einem solidarischen Europa bekennt und ein deutliches Signal gegen Fremdenfeindlichkeit setzt. Dies wäre eine Resolution, über die wir uns zu Recht freuen könnten. Ich bitte Sie daher alle um Unterstützung für unseren Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Damit sind wir am Ende der Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt. Es gibt von Frau dos Santos Herrmann noch den Wunsch auf Abgabe einer persönlichen Bemerkung.

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Zimmermann hat gerade in seinem Wortbeitrag gesagt, es komme darauf an, wie man mit den Dingen umgeht. Dem kann ich zustimmen. Es kommt immer darauf an, wie man damit umgeht.

Herr Detjen, lieber Jörg, man kann unterschiedlicher Auffassung ein, was die Richtigkeit der Resolution angeht; einverstanden. Darüber können wir streiten; das haben wir gerade getan. Was ich aber für mich persönlich und auch für meine Fraktion überhaupt nicht akzeptieren kann, ist, gleichgesetzt zu werden mit Kollaborateuren. Das ist ein politisch besetzter Begriff, der eindeutig darauf hinweist, man würde mit Faschisten und Rechtsextremisten zusammenarbeiten. Lieber Jörg, ich stamme aus einem Land, in dem es eine 50-jährige faschistische Diktatur gegeben hat, und ich lasse mir nicht vorwerfen, ich würde kollaborieren mit irgendwelchen Leuten. Es tut mir leid; mit diesem Ausdruck hast du dich, hat sich die Linke außerhalb des demokratischen Spektrums gestellt.

In diesem Jahr feiern wir auch 80 Jahre Rede von Otto Wels im Reichstag. Wer heute der SPD unter anderem vorwirft, sie sei Kollaborateurin, der weiß nicht, was er sagt und stellt sich damit außerhalb jeglicher Debattenkultur in einer Demokratie. Das muss gesagt werden. Ich lasse das nicht auf mir und ich lasse das auch nicht auf der SPD und den anderen demokratischen Parteien sitzen.

(Lebhafter Beifall bei SPD, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke, Frau dos Santos.

Wir kommen nun zur Abstimmung zum Tagesordnungspunkt 3.1.1.

Wir stimmen zunächst ab über den Änderungsantrag von der Fraktion Die Linke. und Herrn Zimmermann. Wer für diesen Vorschlag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion Die Linke. und Herr Zimmermann. Wer Enthält sich? - Enthaltung von Herrn Hoffmann.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Vorschlag der FDP, dem ehemaligen Vierer-Vorschlag. Ich bitte um das Handzeichen, wer - -

(Ralph Sterck [FDP]: Das können Sie nicht machen! Der Änderungsantrag ist immer weitergehend als der Ursprungsantrag!)

- Okay. Wir können es auch umgekehrt machen. Sie haben recht, wir haben ihn eben als Änderungsantrag bezeichnet.

Wir kommen jetzt also zur Abstimmung über den Änderungsantrag von SPD, CDU und Grünen. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen und die Fraktion der CDU. Wer Enthält sich? - Bei Enthaltung von Herrn Hoffmann und von pro Köln ist dieser Antrag so angenommen. Damit erübrigt sich die Abstimmung - -

(Ralph Sterck [FDP]: Nein!)

- Okay. Dann stimmen wir ab über den Antrag der FDP - -

(Ralph Sterck [FDP]: Nein!)